Die Rechtsprechung des BGH und des KG ist allerdings so zu verstehen, dass eine drucktechnisch hervorgehobene und nicht zu übersehende Belehrung in den Antragsunterlagen als Privilegierung des VR gewährt wird. Sie stellt die Praxis vieler VR, ein gesondertes Belehrungsblatt zu erstellen, nicht infrage.

Darf die Belehrung schriftlich sein, muss sie darüber hinaus – ebenso wie die Fragen zur versicherten Gefahr nach § 19 Abs. 1 VVG – aber zumindest in Textform (§ 126b BGB) erfolgen. Die Textform hat damit eine gegenüber der mündlichen Erläuterung tiefere und dauerhaftere Informationsfunktion und zugleich eine Dokumentationsfunktion. Dem in der Praxis zu genügen, ist nicht immer einfach, insbesondere wenn der Versicherungsvertreter den VN zu Hause aufsucht. Das KG baut hier Brücken im Sinne der Leitsätze 3 und 4, ohne allerdings von den Grundfunktionen des Textformerfordernisses zu lassen. Der Anwalt des VN wird also auch hier immer hinterfragen müssen, ob diesen Belangen Rechnung getragen wurde.

Wichtig | Das Belehrungserfordernis gilt nicht für den Fall der Arglist, da der arglistige VN nicht schutzwürdig ist (BGH NJW-RR 09, 1036).

LESERFORUM

Ortungskosten für ein Leck in der Wasserleitung

| Leitungswasserschäden können hohe Kosten verursachen. Oft treten neben die Reparaturkosten noch weitere Kosten, um die Schadensstelle überhaupt orten zu können. Unser Autor Dr. Dirk Halbach gibt nähere Erläuterungen zur Erstattungsfähigkeit dieser Kosten. |

FRAGE: *Ein Leser hatte angefragt, ob in der Leitungswasserversicherung Leckortungskosten als „Suchkosten“ erstattungsfähig sind. In seinem Fall war die Schelle an einer Wasserleitung defekt, sodass Wasser austrat. Der VR hat die Kosten für die Sanierung des Wasserschadens übernommen. Er weigert sich jedoch, die „Suchkosten“ zu erstatten, die anfielen, um das Leck zu orten.*

ANTWORT: Suchkosten in Bezug auf den versicherten Leitungswasserschaden sind früher als Kosten der Nebenarbeiten nach § 4 Nr. 2 b) VGB 62 als erstattungsfähig angesehen worden (vgl. LG Saarbrücken VersR 11, 145) bzw. als Nebenkosten zum Auffinden und Beseitigen einer Bruchstelle (OLG Karlsruhe VersR 99, 1539).

Die neueren Bedingungswerke, z.B. A § 8 VHB 2010 bzw. A § 7 VGB 2008/2010 führen solche Kosten nicht auf. Nach § 85 VVG (§ 66 VVG a.F.) sind aber Suchkosten als gebotene Kosten der Schadensermittlung auch ohne vertragliche Vereinbarung erstattungsfähig (LG Saarbrücken a.a.O.). Versichert sind insbesondere die Suchkosten bei Leitungswasserschäden zur Lokalisierung des Schadens (Rüffer in VersRHdb, 2. Aufl., § 32 Rn. 288; Martin, SVR, 3. Aufl., E I 116), wenn die Schadensursache gefunden wird. Die Kosten der Untersuchung der Schadensursache sind Ermittlungskosten im Sinne von § 85 VVG (MüKo-VVG/Halbach, § 85 Rn. 5; Römer/Langheid, VVG, 4 Aufl., § 85 Rn. 3).

Eine schriftliche
Belehrung muss in
Textform erfolgen